

Parlamentarischer Vorstoss

2023/526

Geschäftstyp:	Postulat
Titel:	Veranlagungsprozess Individualbesteuerung
Urheber/in:	Stefan Degen
Zuständig:	—
Mitunterzeichnet von:	Bader Rüedi, Bai, Blatter, Eugster, Frey, Kaufmann Andrea, Weber
Eingereicht am:	28. September 2023
Dringlichkeit:	—

Wie in anderen Kantonen, ist auch bei Bevölkerung und Parlament des Kantons Basel-Landschaft das Bedürfnis nach einer neuen Steuerpraxis bei verheirateten Paaren, konkret die sogenannte Individualbesteuerung, gross. Nach wie vor wehren sich gewisse Kreise und die Verwaltungen gegen das Anliegen. Neben den ideologischen Gründen und der Angst, das klassische Rollenmodell zu schwächen, wird vor allem von den Steuerverwaltungen das Argument angeführt, dass die individuelle Veranlagung von Ehepartnern sowohl für Verwaltung wie auch für die Ehepartner ein grosser administrativer Akt sei. Dies selbstredend ausschliesslich für Paare, welche bei einer allfälligen Änderung des Steuergesetzes bereits verheiratet sind. Dieses Argument war bestimmt in der alten nicht digitalen Welt nicht von der Hand zu weisen. Im digitalen Zeitalter kann dieses Problem mittels Softwareassistenten auf Seite Steuerzahler stark minimiert werden. Es sind einige wenige Fragen, welche durch die Ehepartner geklärt und allenfalls belegt werden müssen. Mittels smarter Oberfläche könnte sogar für Ehepartner der bisherige Deklarationsprozess als Ehepaar durchgeführt werden, mit kleinen Ergänzungen bei jenen Fragen, wo es einmalig oder wiederkehrend eine korrekte Zuweisung zur Person benötigt. Das System könnte danach mit diesen Angaben automatisch zwei Steuererklärungen generieren. Zwei separate Steuererklärungen sind im Übrigen bereits heute bei Paaren im Konkubinat gängige Praxis.

In diesem Sinne wird der Regierungsrat beauftragt, darzulegen, welche Fragen im Kern geklärt werden müssen und wie die aktuelle Steuerdeklarationslösung E-Tax weiterentwickelt werden kann, damit die Umstellung für die Steuerzahler auch bei der Steuerdeklaration zum Vorteil wird. Ausserdem soll der Regierungsrat aufzeigen, welche Hürden er als besonders hoch ansieht und was dafür mögliche Lösungsansätze sein können.
